

Manifest der gemeinsamen Verantwortung

*mit ergänzendem Positionspapier zu Strukturreformen, Bürokratieabbau,
Klimapolitik, Sicherheit und fairer Finanzierung*

Autor: Siegfried Eckerl

Ort: München

MANIFEST DER GEMEINSAMEN VERANTWORTUNG

von Siegfried Eckerl

Ich bin kein Kommunist.

Ich bin kein Sozialist.

Ich bin einfach ein Mensch, der findet:

Wer arbeitet, soll leben können – nicht nur überleben.

Wir leben in einem Land, in dem:

- Menschen Vollzeit arbeiten und trotzdem überlegen müssen, ob sie mit ihren Kindern einmal im Monat in den Zoo, ins Kino oder ins Theater gehen können.
- Gleichzeitig eine vergleichsweise kleine Gruppe einen sehr großen Teil von Vermögen und Einkommen hält – und besonders stark von unserer Infrastruktur, unseren Gesetzen und unserer Stabilität profitiert.

Ich glaube:

1. **Reichtum ist nicht böse.** Aber er bringt Verantwortung mit sich – gegenüber der Gemeinschaft, von der er ermöglicht wurde.
2. Wer sehr viel hat und keine Existenzangst kennt, soll spürbar mehr zur Finanzierung unseres Staates beitragen als jemand, der jeden Euro dreimal umdrehen muss.
3. Wir alle profitieren vom Staat:
 - von der Müllabfuhr und den Menschen, die früh aufstehen,
 - vom Stromnetz und den Fachkräften, die es instandhalten,
 - von Polizei und Justiz,
 - von Krankenhäusern und Pflege,
 - von Schulen und Ausbildung,
 - von der stabilen Währung und der Infrastruktur, die Wohlstand überhaupt möglich machen.

Niemand – auch nicht Menschen mit sehr hohen Einkommen oder großen Vermögen – könnte ohne diese gemeinsame Basis in Sicherheit leben oder seinen Wohlstand erhalten.

Über Verantwortung, Wohlstand – und das Argument vom „Wegzug“

Mir ist bewusst, dass bei jeder Diskussion über höhere Beiträge sehr hoher Einkommen schnell gesagt wird: „Dann wandern die Reichen eben aus.“

Ja, einzelne Menschen werden diesen Weg gehen – so wie sie es heute schon tun. Aber für viele wirklich Vermögende ist ein Wegzug weder einfach noch steuerlich folgenlos. Gerade

bei größeren Beteiligungen an Unternehmen greifen Regelungen wie die Wegzugsbesteuerung, die dafür sorgen, dass in Deutschland entstandene Wertzuwächse nicht einfach steuerfrei ins Ausland verschwinden.

Und selbst unabhängig von Steuern geht es bei einem solchen Schritt um weit mehr als Prozentzahlen:

- Familie und Freundeskreis,
- Sprache und Kultur,
- das geschäftliche Umfeld,
- die Sicherheit eines funktionierenden Rechtsstaats,
- ein verlässliches Gesundheits- und Bildungssystem.

All das lässt sich nicht „mal eben“ auswechseln.

Politik darf sich deshalb nicht von der Drohung leiten lassen, dass einige wenige vielleicht gehen könnten. Sie sollte sich daran orientieren, dass die große Mehrheit hier lebt, arbeitet, Kinder großzieht und dieses Land jeden Tag trägt – oft mit deutlich weniger Sicherheit und Vermögen.

Was ich mir wünsche

Darum wünsche ich mir ein System, in dem:

- Alle in die gemeinsamen Sozialkassen einzahlen – Angestellte, Selbständige, Beamte, Gutverdienende und bisher Privatversicherte. Nicht in getrennte Parallelwelten, sondern in eine solidarische Basis.
- Arbeit unten und in der Mitte spürbar entlastet wird, sodass eine Vollzeitstelle reicht, um Miete, Strom, Essen, Rücklagen und gelegentliche Kultur- und Freizeitangebote mit den Kindern zu finanzieren – ohne ständige Angst vor der nächsten Rechnung.
- Sehr hohe Einkommen und große Vermögen nicht nur auf dem Papier, sondern real einen größeren Anteil tragen – weil sie auch am meisten von Stabilität, Infrastruktur und gut ausgebildeten Menschen profitieren.

Dazu gehört für mich auch, dass wir unsere Steuer- und Sozialsysteme einfacher, verständlicher und effizienter machen: Weniger Parallelkassen, weniger Doppelstrukturen und weniger Formulare, damit mehr Geld und Zeit dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht werden – und nicht in unnötiger Bürokratie hängen bleiben.

Diese gemeinsame Verantwortung endet für mich nicht bei Löhnen, Steuern und Sozialbeiträgen. Sie gilt genauso für die großen Zukunftsaufgaben unserer Zeit:

- den Klimawandel, der uns über Jahrzehnte beschäftigen und enorme Anpassungs- und Umbaukosten verursachen wird,
- und die Frage der Sicherheit und Resilienz in einer Welt mit Kriegen, Spannungen zwischen Großmächten und Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen und Technologie.

Ja, all das wird Geld kosten. Aber Nichtstun wird am Ende noch teurer – in Form von zerstörter Infrastruktur, verlorenen Lebensgrundlagen, sozialen Konflikten und einer geschwächten Demokratie.

Mir ist klar, dass dabei schnell Einwände kommen wie: „Das wird alles zu teuer“, „Das können wir nicht schaffen“ oder „Wie viel sollen die Reichen denn noch zahlen?“

Ich erwarte nicht, dass es perfekt gerecht wird und sich niemand benachteiligt fühlt. Aber ich halte an einem einfachen Maßstab fest:

- Wer mehr hat, kann mehr leisten.
- Wer wenig hat, kann nur wenig leisten.

Es geht für mich nicht darum, jemanden „zu schröpfen“, sondern darum, dass diejenigen, die besonders von Wohlstand, offenen Märkten und stabilen Strukturen profitieren, auch einen entsprechend größeren Beitrag dazu leisten, dass wir Klimaschutz, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt überhaupt finanzieren können.

Einige mögliche Linien für Strukturreformen, Bürokratieabbau sowie für Klima- und Sicherheitsfragen habe ich in einem ergänzenden Positionspapier zur „gemeinsamen Verantwortung“ skizziert.

Gerechte Verantwortung ist für mich keine Frage von Ideologie, sondern von Respekt:

- Respekt vor den Menschen, die jeden Tag mit Liebe, Freude und Hingabe arbeiten, oft in Berufen, die wenig verdienen, aber unsere Gesellschaft tragen.
- Respekt vor der Demokratie, die nur dann stark bleibt, wenn möglichst viele das Gefühl haben: „Dieses System ist auch für mich da – nicht nur für andere.“

Ich weiß, dass ein solcher Wandel nicht morgen kommt. Ich weiß, dass es Hürden, Interessen, Bürokratie und Widerstände gibt.

Aber jede Veränderung beginnt mit einer Idee, die jemand ausspricht und in die Welt entlässt.

Das hier ist meine Idee. Ich nenne sie: gemeinsame Verantwortung.

Siegfried Eckerl

Positionspapier zur „gemeinsamen Verantwortung“

Ein Vorschlag für Strukturreformen, Bürokratieabbau, Klimapolitik, Sicherheit und faire Finanzierung

Autor: Siegfried Eckerl

0. Einleitung

Dieses Positionspapier ergänzt mein „Manifest der gemeinsamen Verantwortung“.

Im Manifest formuliere ich vor allem Werte und Ziele:

- Vollzeitarbeit unten und in der Mitte soll ein Leben ermöglichen, das über das reine Überleben hinausgeht.
- Sehr hohe Einkommen und große Vermögen sollen real einen größeren Anteil zur Finanzierung unseres Staates tragen.
- Unser System soll gerechter, aber auch einfacher und verständlicher werden.

Dieses Papier beschreibt dazu konkretere Linien für einen möglichen Umbau:

- weniger Parallelstrukturen in der Sozialversicherung,
- eine einfachere und sinnvollere Steuerverwaltung,
- einen ehrlichen Umgang mit der Frage „Einnahmenproblem vs. Ausgabenproblem“,
- sowie die Rolle von Klimapolitik und Sicherheit in einer gemeinsamen Verantwortung.

I. Ausgangslage – Wo ich die Probleme sehe

1. Zersplitterte Sozialsysteme

- Gesetzliche Krankenversicherung mit vielen Kassen
- Private Krankenversicherung
- Gesetzliche Rentenversicherung
- Beamtenpensionen
- Arbeitslosenversicherung
- Pflegeversicherung
- verschiedene Zusatzsysteme mit Sonderregeln

Ergebnis: Parallelwelten, Doppelprüfungen, hoher Verwaltungsaufwand.

2. Kompliziertes Steuer- und Leistungsrecht

- Millionen Menschen müssen Steuererklärungen ausfüllen, obwohl ihre Lohnsteuer bereits monatlich abgeführt wird.
- Viele Regelungen sind ohne Steuerberater kaum überschaubar.
- Finanzämter sind mit Standardfällen ausgelastet, während für wirklich komplexe Fälle oft die Zeit fehlt.

3. Politische Blockade durch scheinbare Gegensätze

In Debatten höre ich häufig Sätze wie:

- „Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.“
- „Erst müssen wir die Strukturen reformieren, dann können wir über Steuern reden.“

Aus meiner Sicht werden damit notwendige Reformen oft nur verschoben, statt angepackt.

II. Leitprinzipien des Umbaus

Für mich gehören Verteilungsfragen und Strukturfragen zusammen. Ich wünsche mir Reformen, die sich an diesen Leitlinien orientieren:

1. Gemeinsame Basis statt Parallelwelten

Alle Erwerbstätigen sollen in wenige, klare Grundsysteme einzahlen – nicht in viele getrennte Kassen mit unterschiedlichen Regeln.

2. Einfachheit für Bürger, Fokus für Verwaltung

Standardfälle müssen einfach und weitgehend automatisch laufen. Die begrenzte Zeit der Verwaltung soll auf wirklich komplexe Fälle konzentriert werden.

3. Solidarische Verantwortung nach Leistungsfähigkeit

Wer viel hat und keine Existenzangst kennt, kann einen größeren Anteil tragen. Wer Vollzeit arbeitet, soll nicht am Rand der Existenz stehen.

III. Reformfeld 1 – Umbau der Sozialversicherung

1. Eine solidarische Basis für alle Erwerbstätigen

Ich schlage vor, langfristig eine Erwerbstätigen- bzw. Bürgerversicherung aufzubauen, in der:

- Angestellte, Selbständige, Beamte und bisher Privatversicherte gemeinsam in die Grundsysteme einzahlen: Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung.
- Private Versicherungen bleiben als Ergänzung möglich, aber nicht als eigene Parallelwelt.

2. Weniger Doppelstrukturen

- Wo heute mehrere Träger ähnliches prüfen (Einkommen, Familienstand, Kinder, Wohnsituation), sollen Daten – soweit rechtlich möglich – einmal erhoben und mehrfach genutzt werden.
- Ziel: weniger Anträge, weniger Sachbearbeitungsaufwand, weniger Schnittstellenprobleme.

3. Übergang mit Bestandsschutz

- Bestehende Ansprüche (z. B. Pensionen, langjährige PKV-Verträge) sollen nicht rückwirkend angetastet werden.
- Neue Generationen von Erwerbstätigen (z. B. neue Beamtenjahrgänge) können von Anfang an in die gemeinsamen Systeme integriert werden.
- Der Umbau erfolgt in Stufen, nicht in einem großen Bruch.

IV. Reformfeld 2 – Steuern, Verwaltung und Bürokratieabbau

1. Vereinfachte Besteuerung von Standardfällen

Für Menschen mit klassischem Angestelltenprofil (nur Lohn, keine komplexen Sonderfälle) stelle ich mir vor:

- Die Steuer wird auf Basis bereits vorliegender Daten automatisch berechnet.
- Das Finanzamt stellt einen Vorschlag bereit: „So sieht Ihre Steuer aus – bitte prüfen.“
- Eine Steuererklärung ist nur dann nötig, wenn jemand zusätzliche Sachverhalte melden möchte oder der automatischen Berechnung widersprechen will.

So würden Bürger entlastet und Finanzämter von Millionen Routinefällen befreit.

2. Fokus der Verwaltung auf komplexe und große Fälle

Wenn Standardfälle automatisierter laufen, kann die Verwaltung sich stärker konzentrieren auf:

- sehr hohe Einkommen,
- große Vermögen,
- komplexe Beteiligungs- und Gestaltungsstrukturen.

Genau dort geht es um viel Geld und um Fragen, die sorgfältige Prüfung brauchen.

3. Ein digitales Bürgerkonto

Ich wünsche mir ein zentrales Bürgerkonto, über das ich:

- Steuerdaten und Bescheide einsehen,

- Sozialleistungen und Familienleistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld etc.) gebündelt sehen,
- und wichtige Änderungen (z. B. Familienstand, Kinder, Adresse) an einer Stelle melden kann.

Sinnvoll verknüpfte Daten können dabei helfen:

- Doppelarbeit zu vermeiden,
- Missbrauch einzudämmen,
- und Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen.

Datenschutz bleibt wichtig – aber er sollte nicht als Vorwand dienen, um schlechte Strukturen zu konservieren.

V. Reformfeld 3 – Einnahmen vs. Ausgaben: Kein künstlicher Gegensatz

Der Satz „Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem“ enthält einen wahren Kern – aber er reicht mir nicht.

1. Ja, wir haben strukturelle Ausgabenprobleme

- Doppelstrukturen
- Bürokratie
- ineffiziente Förderungen

Hier kann und muss man besser werden.

2. Aber wir haben gleichzeitig auch Verteilungsfragen

- Sehr hohe Einkommen und große Vermögen sind deutlich konzentrierter als die Lasten, die viele Bürger tragen.
- Es ist aus meiner Sicht angemessen, dass diese Gruppen überproportional zur Finanzierung beitragen – gerade wenn man die Vorteile betrachtet, die sie durch Stabilität, Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte haben.

3. Ich sehe beides – und will beides angehen

Deshalb wünsche ich mir Reformen, die:

- Strukturen vereinfachen und effizienter machen (weniger Bürokratie, weniger Parallelkassen),
- und gleichzeitig die Verteilung der Lasten so anpassen, dass volle Erwerbsarbeit unten und in der Mitte ein würdiges Leben ermöglicht.

VI. Klimawandel als gemeinsame Aufgabe

Der Klimawandel wird uns noch über Jahrzehnte beschäftigen und uns harte, beschwerliche Zeiten bringen – durch Extremwetter, steigende Kosten, notwendige Investitionen und Konflikte um knappe Ressourcen.

Für mich ist klar: Klimaschutz und Klimaanpassung sind nicht nur ökologische, sondern auch soziale und finanzielle Fragen.

Ich wünsche mir eine Politik, die:

- Klimaschutz konsequent betreibt,
- die notwendigen Investitionen aber so finanziert, dass untere und mittlere Einkommen nicht überfordert werden,
- und verhindert, dass Klimapolitik zu einem Projekt für diejenigen wird, die sich teure Lösungen leisten können, während andere auf der Strecke bleiben.

Wärmeversorgung, Mobilität, Wohnen und Ernährung sind Grundbedürfnisse.

Wenn wir diese Bereiche ökologisch umbauen, müssen wir gleichzeitig sicherstellen, dass Menschen mit normalem oder niedrigem Einkommen nicht in eine neue Form von Energie- oder Klimaarmut gedrängt werden.

Ja, das alles ist teuer. Aber die Alternative – nichts zu tun oder zu zögern – ist langfristig noch teurer: in Form von Schäden, Verlusten und sozialen Spannungen.

Auch hier gilt für mich die gemeinsame Verantwortung:

- Wer am meisten von unserem Wohlstand und unseren Ressourcen profitiert, sollte auch einen größeren Anteil an den Kosten der Transformation tragen.

VII. Sicherheit und Resilienz in einer unsicheren Welt

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie verletzlich wir als Gesellschaft sind:

- Abhängigkeit von Energieimporten aus autoritären Staaten,
- Abhängigkeit von seltenen Erden, Chips und anderen Schlüsselrohstoffen,
- zunehmende Spannungen zwischen Großmächten wie Russland, China und den USA,
- hybride Bedrohungen – von Cyberangriffen bis Desinformation.

Sicherheit ist für mich mehr als nur Militär:

- Sie umfasst funktionsfähige Infrastruktur,
- zuverlässige Lieferketten,
- Schutz kritischer Bereiche wie Stromversorgung, Gesundheitswesen und digitale Netze,

- und die Fähigkeit, Krisen zu überstehen, ohne dass unsere Demokratie ins Wanken gerät.

Eine solche Resilienz kostet Geld. Sie erfordert Investitionen in:

- Verteidigungsfähigkeit,
- Infrastruktur und Lagerhaltung,
- technologische Souveränität,
- und unabhängige, möglichst vielfältige Bezugsquellen für Energie und Rohstoffe.

Auch hier stellt sich die Frage: Wer trägt diese Kosten?

Für mich ist es angemessen, dass diejenigen, die besonders von globalen Märkten, internationaler Vernetzung und komplexen Finanz- und Handelssystemen profitieren, einen größeren Anteil an diesen Kosten tragen.

Eine widerstandsfähige Gesellschaft ist kein Luxus für schlechte Zeiten, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie auch in Zukunft Bestand haben.

Zur gemeinsamen Verantwortung gehört für mich deshalb auch, Sicherheit und Resilienz nicht nur national, sondern europäisch zu denken – als Schutzraum, in dem möglichst viele Menschen in Frieden und Würde leben können.

VIII. Schluss – Warum ich dieses Positionspapier schreibe

Dieses Positionspapier ist kein Gesetzesentwurf und kein technisches Detailkonzept.

Es ist der Versuch eines Bürgers, der Vollzeit arbeitet, der Familie hat, und der sich fragt, wie wir unser System so umbauen können, dass es in Zukunft gerechter, einfacher und tragfähig bleibt.

Ich möchte damit niemanden belehren. Ich möchte Gedanken anbieten, über die man streiten, die man verbessern, verwerfen oder weiterentwickeln kann.

Mein Wunsch ist, dass Politik und Gesellschaft:

- nicht nur über „mehr oder weniger Steuern“ diskutieren,
- sondern über die Struktur des Systems,
- und darüber, welche Verantwortung wir gemeinsam tragen – je nach Möglichkeit, aber mit dem Bewusstsein, dass wir aufeinander angewiesen sind.

Siegfried Eckerl

Anlage zum „Manifest der gemeinsamen Verantwortung“